



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

B., H.: Zum neuen Jahr.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zum neuen Jahr.

Als Fürst Bismarck in der denkwürdigen Reichstags-Sitzung vom vierten December das Wort sprach: das Jahr 1874 sei ein eminent friedliches gewesen, antwortete ihm der übliche ungestüme Ausdruck des Zweifels aus den Bänken des Centrums. —

Dieser parlamentarische Vorgang ist in hohem Grade bezeichnend für die Signatur unserer politischen Zustände überhaupt. Wir erkennen mit Freuden an, daß die Zuversicht auf einen für Jahre dauernden Frieden mit unseren auswärtigen Nachbarn selten so begründet gewesen, wie am Schlusse des alten Jahres. Wir blicken mit gerechtem Stolze weiter auf die Resultate jener Friedensarbeit, die Deutschland in seinem Innern dieses Jahr hindurch gethan hat. Und dennoch können wir uns nicht verhehlen, daß unser Volk von innerem Frieden weiter entfernt ist, als jemals. Wer in einem rein protestantischen Lande lebt, hatte bis vor Kurzem kaum eine Ahnung davon, bis zu welchem Grade von fanatischem Haffe und geseßloser Auflehnung gegen das Reich und seine Organe die demagogische Kunst des Ultramontanismus die Bewohner weiter Provinzen des deutschen Reiches entflammt hat.

Das vergangene Jahr hat jedenfalls das Verdienst, in dieser Hinsicht die Möglichkeit einer Täuschung nicht mehr übrig gelassen zu haben. Wir sahen die Jesuitenpresse Deutschlands überall Partei nehmen für Feinde des Reiches. Ohne Schamröthe verdamnte sie die Verwahrung der deutschen Regierung in Versailles gegen die, den deutschen Namen brandmarkenden Hirtenbriefe französischer Bischöfe. Ohne Anwendung von Ehrgefühl vertheidigte sie die frommen Mörder des deutschen Hauptmannes Schmidt. Unbedenklich nannte sie den Mordversuch von Rissingen bald eine Farce, bald eine vom Kanzler selbst verschuldete Unthat. Der Cynismus dieser Jesuitenmoral bestieg sogar später die Tribüne des deutschen Reichstags in der Person des Herrn Windthorst, während der geprüfte Vaterlandsverrath und die ungeduldige Bereitschaft zum Glaubenskrieg durch den berufenen Mund des Herrn Jörg redete. Eine neue Stufe von Auflehnung beschrritten die hierarchischen Fanatiker als in diesem Jahre zum ersten Male seit dem Kölner Bischofsstreit Bischöfe gefangen gesetzt und vor Allem als mit der Ausweisung reni-

tenter katholischer Priester aus ihrem Sprengel Ernst gemacht wurde. Die ungesegnete Ausübung des Priesteramtes durch diese abgesetzten Eindringlinge bezeichnete die Jesuitenpresse dem fanatisirten Haufen als heilige Glaubens-treue, das rächende Eingreifen des Staates als gemeine Tempelschändung! Wahrlich, wo solche Verdrehung der Wahrheit und Gesetze gewagt, geglaubt und vom Volke begünstigt wird, wo sie Monate und Jahre lang andauert, trotz aller immer energischeren Anstrengungen des Staates, ihrer Herr zu werden — da ist vom inneren Frieden in der Hauptsache noch keine Rede. Sicher ist, daß Fürst Bismarck, als er dem Jahr 1874 jenes Zeugniß hervorragender Friedlichkeit ausstellte, ausdrücklich nur von den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn sprach, und daß er selbst im weiteren Verlaufe seiner Rede die Gefahren für die öffentliche Moral und den deutschen Staat, welche der ultramontane Feldzug gegen das deutsche Reich mit sich führt, so klar und furchtbar veranschaulichte, als irgend Jemand vor ihm. Die feierliche Stunde des Jahreswechsels ist besonders berufen, uns Allen den ganzen Ernst der Thatsache einzuprägen: daß Deutschland nicht eher Frieden findet, bis der große Kulturkampf, in dem wir mitten inne stehen, zu Gunsten der deutschen Staatsgewalt ausgekämpft, daß es Pflicht jedes deutschen Patrioten ist, das Ende dieses Kampfes sobald als nur möglich herbeizuführen. —

Es wäre sehr kurzschichtig, wollte man leugnen, daß jeder der diplomatischen Erfolge, welche der geniale Leiter der deutschen Politik auch im vergangenen Jahre aufzuweisen hat, werthvolle neue Bürgschaften geliefert hat für die Beschleunigung und Sicherung unseres endlichen Sieges über die strotzende römische Kirche. Dieser unvergleichlichen Staatskunst verdanken wir vor allem die völlige Isolirung der ultramontanen Kriegsmacht in Deutschland von allen auswärtigen Feinden des Reiches. Niemals haben wenige Tage so viel und Bedeutendes zum Ruhme dieser Staatskunst beigetragen, als die Gerichtsverhandlungen im Proceß Arnim. Die Veröffentlichungen, mit denen die höchstgestellten Feinde des Kanzlers ihn zu verderben dachten, legen Zeugniß ab für die beispiellose Ueberlegenheit seiner Einsicht, für die bewundernswürdige Ehrlichkeit und Einfachheit seiner Politik. Wir fragen uns bang, was aus dem Reiche geworden wäre, wenn der Kanzler den mächtigen Intriganten, die bis in die jüngsten Tage hinein mit Arnim ihr heilloses heimliches Spiel gegen den Fürsten trieben, mißmuthig gewichen, und die Leitung der deutschen Geschicke jener eiteln täppischen Unfähigkeit des Nebenbuhlers überlassen hätte, die aus allem Thun des bestraften Botschafters so komisch hervorschaut. Und dieser Proceß hat nur die deutsche Politik Frankreich gegenüber enthüllt. Die kirchenpolitischen Depeschen sind, soweit Arnim sie nicht bereits früher verrathen hatte, Geheimniß geblieben. Aber in den jüngsten

Tagen noch hat die Zurückziehung der Budgetposition für einen deutschen Gesandten beim päpstlichen Stuhl aller Welt gezeigt, wie weit die Feindseligkeit auf römischer, die Erkenntniß und Energie auf deutscher Seite gediehen sind. Und wie erfolgreich Regierung und Volk in Spanien, in Italien, in England und Rußland für die deutsche Politik gewonnen wurde, dafür liegen von allen Seiten unvergessene öffentliche Zeugnisse und Kundgebungen vor. So ist es gelungen, die römischen Krtegeßknechte in Deutschland durchaus auf sich selbst zu stellen. Selbst die Fühlung mit dem Oberbefehlshaber in Rom beginnt mitunter den deutschen Führern der Schwarzen zu fehlen.

Auch die Erfolge der parlamentarischen Arbeit dieses Jahres erachten wir keineswegs von geringer Bedeutung für die Entscheidung des großen Kulturkampfes. Schon die Resultate der Reichstagswahlen im Vorfrühjahr gaben der Entwicklung des deutschen Parteilebens einen sehr energischen Anstoß. Das Anwachsen der Socialdemokraten, die erstaunliche Zunahme des schwarzen Centrums im Reichstage legte den Patrioten in den von den Reichsfeinden zumeist bedrohten Landestheilen: in den Rheinlanden, in Westphalen, in Schlesien, in Baiern, in Sachsen die dringende Verpflichtung auf, alle kleinen trennenden Fraktionsunterschiede der reichstreuen Männer bei Seite zu setzen, und, gewißigt durch das einmüthige Zusammenhalten der Reichsfeinde, diesen bei jeder Aeußerung des politischen Lebens die geschlossene Phalanx der Reichsfreunde gegenüberzustellen. Aus diesem löblichen Streben ist überall in den genannten Districten des deutschen Reiches die Bildung von „Reichsvereinen“ hervorgegangen, die zum Theil schon erhebliche Leistungen aufzuweisen haben und sich überall der Förderung und der Anerkennung der Regierung erfreuen, mit Ausnahme des Königreiches Sachsen, wo die Regierung sich öffentlich gegen den Reichsverein erklärte und ihm die nachgesuchte Ertheilung von Corporationsrechten verweigerte, weil sie sich selbst außer Stande erklärte, reichstreue Vereinigungen von reichsfeindlichen zu unterscheiden.

Von der größten Bedeutung waren die Arbeiten des deutschen Reichstags selbst. Im Frühjahr schon setzten die reichsfeindlichen Parteien und der doctrinäre Radicalismus alle Kraft daran, das deutsche Militairgesetz zu Fall zu bringen. Die absolute Sicherstellung der deutschen Heeresbedürfnisse auf sieben Jahre ging aus diesen lebhaften Kämpfen hervor; und nicht am wenigsten ist dieser rühmliche Beschluß des Reichstags zu danken dem einmüthigen patriotischen Drängen des ganzen deutschen Volkes, das in tausenden von Adressen, Petitionen und Briefen damals die Vertreter des Volkes anging, eine Schwächung der deutschen Wehrkraft unter keinen Umständen zu dulden. Einen andern sehr erfreulichen Act der Gesetzgebung brachte der deutsche Reichstag gleichfalls noch im Frühjahr zum Abschluß: das deutsche Preßgesetz, un-

zweifelhaft eines der freisinnigsten Preßgesetze aller geordneten Staaten. Daß die deutschen Regierungen inmitten der hohen Wogen des entfesselten ultramontanen und socialistischen Elementes ein solches Maß von Freiheit der Presse zu gewähren wagten, ist ein erfreulicher Beweis ihrer Stärke. Die im Herbst wieder aufgenommene parlamentarische Arbeit berieth bis zum Schlusse des Jahres über die Verhältnisse der neuen Reichslande, vornehmlich in finanzieller Beziehung, bildete das deutsche Heereswesen weiter aus durch das Landsturmgesetz, das Gesetz über die Controle der Beurlaubten und die Naturalleistungen der bewaffneten Macht im Frieden. Der Haushaltetat des Reiches wurde durchberathen, das Markenschutzgesetz, der wichtige berner Weltpostvertrag u. s. w. angenommen, und mit der Berathung der großen drei Justizgesetze und des Bankgesetzes begonnen, die der Reichstag endgültig feststellen wird, bevor er auseinandergeht. Auch ein Reichsgesetz über die obligatorische Civilehe wird vom Reichstag angenommen werden, ehe er sich zu seiner Frühjahrsitzung vertagt. Diese Frühjahrsitzung selbst wird dann das Reich mit den großen Justizgesetzen beschenken: einer deutschen Straf- und Civilproceßordnung und einer deutschen Gerichtsordnung. Alle diese Arbeiten kommen unzweifelhaft dem nationalen Geiste, der Befestigung deutschen Gemeinseins und deutscher Staatsmacht in hohem Maße zu statten. Das Gesetz über die obligatorische Civilehe namentlich windet der hierarchischen Unbotmäßigkeit eine der besten Waffen aus der Hand. Wir wollen nicht vergessen, daß die Einmischung der Kurie in die preußische Ehegesetzgebung es war, die den Kölner Bischoffstreit entzündete, daß die lange Ohnmacht des preußischen Staates der kirchlichen Anmaßung gegenüber, deren bittere Früchte wir heute ernten, datirt von der Unterwerfung des Staates unter jene Präntension der Kirche: daß ihr Segen allein Ehen schliesse, ihre Weigerung der Mitwirkung jeder Ehebindung das gesetzliche Ansehen entziehe.

Diese Erfolge der parlamentarischen Arbeit des deutschen Reichstags sind für den großen „Kulturkampf“ um so höher zu veranschlagen, als jede Session des deutschen Reichstags neue Belege zu der unleugbaren Thatsache beiträgt, daß nur die reichstreuen Parteien die parlamentarische Arbeit wirklich fruchtbringend machen, die reichsfeindliche Opposition aller Farben dagegen völlig unproductiven Zielen nachjagt, oder an so absoluter gesetzgeberischer und parlamentarischer Impotenz leidet, wie die deutsche Socialdemokratie. Es kann keinen kläglicheren Gegensatz geben, als den zwischen den himmelstürmenden Phrasen der Socialdemokratie bei den Wahlkämpfen und ihrer vollkommenen Unfähigkeit, irgend einen neuen klaren Gedanken im Parlament vorzutragen, irgend eine ihrer Forderungen in die Form eines Gesetzentwurfes zu bringen, oder sich irgendwie bei der Berathung anderer Gesetzentwürfe nützlich zu machen. Ebenso abschreckend von aller Parteinahme

für die Ultramontanen muß auf jeden denkenden deutschen Mann die Wahrnehmung wirken, daß die gehorsamen Sklaven römischer Willkür und Gewissens knechtschaft im deutschen Reichstag als Hüter der Glaubens-, der Gewissensfreiheit, der Würde und Rechte des Reichstags sich geberden, daß sie gleichzeitig den Massen den Glaubenskrieg predigen und gleichzeitig den Vorwurf der Reichs- und Vaterlandslosigkeit frech von sich weisen. Solche Verlogenheit kann auf die Dauer nicht Dumme genug finden.

Indessen alle diese Hoffnungen reichen nicht aus, ein baldiges siegreiches Ende des Kampfes gegen Rom in Aussicht zu stellen. Und dennoch muß ein baldiges Ende das Ziel der deutschen Staatskunst sein, weil auch bei inneren Kämpfen der kürzeste Krieg der beste ist; weil die Autorität der Regierung und die öffentliche Moral unter jeder unnötigen Verschleppung dieses Feldzuges erheblich leidet. Es soll damit nicht der Schatten eines Tadelns auf den thatkräftigen Minister geworfen werden, der in wenig Jahren die unter Mühlner so schmählich vernachlässigten Interessen des Staates gegenüber der Hierarchie mit einer über alles Lob erhabenen Festigkeit und Klarheit zur Geltung gebracht hat. Falk hat vor Allem das große Verdienst, in dem Kulturkampf den abschüssigen Boden der Verwaltungsmaßregeln, von denen so oft in Preußen nur allzureichlicher und verderblicher Gebrauch gemacht worden ist, niemals betreten, sondern von Anfang an klar und bestimmt nur an der Hand von Gesetzen gehandelt, und die richtigen gesetzlichen Formeln da gefunden zu haben, wo die Rechtsnormen vergangener Tage für die ungeheuer gesteigerte Machtfülle und Anmaßung hierarchischer Bestrebungen nicht mehr ausreichten.

Aber dennoch glauben wir nicht zu irren, wenn wir aus mancher der Enthüllungen, welche der Proceß Arnim und das vergangene Jahr überhaupt zu Tage gefördert hat, einen leisen Unmuth des Reichskanzlers darüber herauslesen, daß der große Kampf nicht rascher gefördert, daß er geführt worden ist ausschließlich mit der Taktik, Strategie und dem Rüstzeug des Juristen, nicht mit denen des Politikers. Manches Wort, das Bismarck geschrieben hat, oder das ihm zugeschrieben wird, läßt uns seine Stellung der bisherigen Kirchenpolitik gegenüber in dem Bilde ausdrücken: der gewaltige Mann steht mit erhobener Art an einem enormen Baumstamm, um ihn zu fällen, und die Kollegen und Parlamente stehen ihm bei mit Federmessern.

Die Bahn des Gesetzes, des Rechtes soll den schwarzen Friedensbrechern gegenüber mit Nichten verlassen werden in Zukunft. Aber vor Allem muß ein Schritt geschehen, der in demselben Maße politisch ist, wie juristisch gerechtfertigt. Das Gesetz muß bestimmen, daß kein renitenter Priester, kein deutscher Staatsbürger, welcher der Beihülfe der ultramontanen Verschwörung und Auflehnung gegen den deutschen Staat überführt ist, irgend

inen Pfennig mehr aus den Mitteln deutscher Partikularstaaten oder des Reiches erhalten darf. Damit ist unseres Erachtens die Schlacht gegen Rom entschieden, der ganze prahlerische Widerstand der Hierarchie gebrochen. Daß diese Zeilen oder ein diesem Vorschlag entsprechendes Gesetz mit dem ganzen für diese Fälle vorrätigen Hohn aus jenem Lager begrüßt werden wird, wissen wir wohl. Aber wir wissen auch, wie bald diese unnatürliche Heiterkeit verstummen würde. Wir haben es schon einmal erlebt. Als der norddeutsche Reichstag im Herbst 1867 die Verlängerung der Zollvereinsverträge mit Süddeutschland abhängig machte von der Annahme der Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norden, da höhnten die Ultramontanen und Radicalen auch: kein süddeutscher Mann werde sich um schnöden Geldes und Erwerbes willen unter den preußischen casus foederis und preußischen Oberbefehl beugen. Aber wir wissen, daß das Jahr 1867 nicht zu Rüste ging, ehe diese Unterwerfung vollzogen war und zwar in der Hauptsache nur um der Zollvereinsverträge, nur um des „schnöden Geldes und Erwerbes“ willen.

Nun kann ja einem solchen Vorgehen, wie es hier gefordert wird, der scheinbar sehr begründete Einwand entgegengestellt werden, daß die für die Kirche vorrätigen Fonds theilweise kraft wohlerrorbener Rechte ihr und selbst gewissen kirchlichen Stellen ausschließlich zukommen. Aber dem ist zweierlei zu entgegnen. Einmal kann der Staat durch kein Privatrecht verbunden werden, die wichtigsten öffentlichen Rechte preiszugeben, und sich selbst dadurch ins Gesicht zu schlagen, daß er überführten Friedensbrechern Staatsgehalt auszahlt. Und zweitens wird der bei weitem größte Theil der persönlichen Bedürfnisse der Kirche aus den laufenden Steuereinnahmen bestritten. Auf ein aus den Beiträgen der Steuerzahler ermöglichtes Gehalt hat aber zweifellos nur derjenige Anspruch, der dem Staate und der Gesamtheit der Staatsbürger Dienste leistet, welche der Bezahlung werth sind. Für die berufsmäßige Widersetzlichkeit und Reichsfeindschaft hat das Reich oder irgend einer der deutschen Einzelstaaten wahrlich keine Mittel übrig. Die Klage über den deutschen Militäraufwand ist deswegen so widerlich, weil sie die Grundbedingung unsrer staatlichen Existenz ignoriert. Aber die Klage darüber kann nicht laut genug erhoben werden, daß die von jedem Einzelnen in schwerer Arbeit aufgebrauchten Steuern dazu verwendet werden, um ein Heer zu unterhalten und zu füttern, das an Feindseligkeit gegen Deutschland hinter dem französischen durchaus nicht zurücksteht, an unmittelbarer Kriegsbereitschaft diesem weit überlegen ist. Es steht zu hoffen, daß diese einfache Erkenntniß sich bald allseitig Bahn bricht und zu Gesetzen führt, die uns das siegreiche baldige Ende des größten Kampfes unserer Tage verbürgen.

H. B.